



Sitzung vom 21.07.2011

Erster Schritt zur Ortskernsanierung in Überauchen Gemeinderat vergibt Auftrag für Grobanalyse

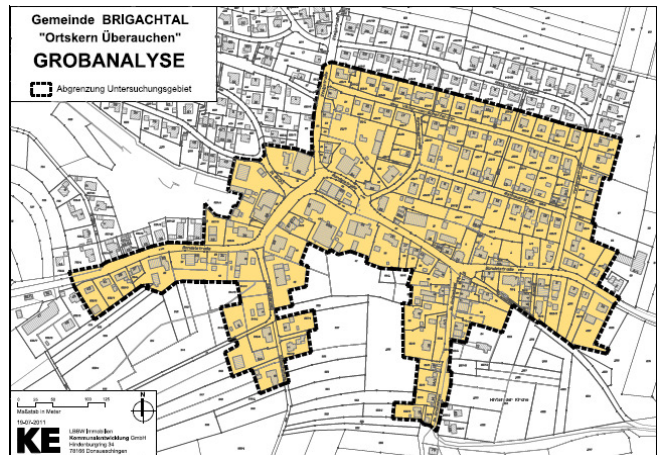
Ein erster Schritt zur Sanierung des Ortskerns Überauchen ist getan. Der Gemeinderat beschloss in seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause, einen Aufnahmeantrag an das Land Baden-Württemberg für das Landessanierungsprogramm (LSP) vorzubereiten. Der Auftrag für eine grobe Analyse der städtebaulichen Situation im Ortskern von Überauchen wurde an die LBBW-Kommunalentwicklung, Regionalbüro Donauesschingen, vergeben. Karl-Christian Fock von der KE erläuterte die Gebietsabgrenzung im Gremium.

Die Entwicklung des Überaucher Innenbereiches wurde in den letzten Jahren über das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) unterstützt. Im Hinblick auf den baldigen Abschluss des förmlichen Sanierungsverfahrens „Klengen Süd“ Ende 2011/Anfang 2012 und die vorherigen erfolgreichen LSP-Verfahren in „Klengen Nord“ und „Kirchdorf“ soll das LSP nun auch im Ortsteil Überauchen für einen zusätzlichen Schub in der Innenentwicklung sorgen.

Die Rahmenbedingungen hierfür waren von der Verwaltung im Vorfeld mit dem Regierungspräsidium Freiburg bereits erörtert worden. Danach könnte ein LSP-Verfahren auch in Überauchen grundsätzlich durchgeführt werden. Die bisherigen Aktivitäten im ELR stehen dem nicht entgegen. Die zur Antragstellung notwendige Grobanalyse zur Einschätzung des Förderrahmens und zur Gebietsabgrenzung soll nun über den Sommer hinweg gefertigt werden.

Wegen der üblichen Mittelknappheit im LSP sollen Gebietskulisse und Förderrahmen in einem vernünftigen Verhältnis und einem begrenzten Rahmen bleiben. Die Aufnahme der „neueren“ Straßen wie Rathausstraße und Viktor-von-Scheffel-Straße wird aber angestrebt. Die Hans-Thoma-Str. hat keine Chance auf Aufnahme. Trotz der im LSP geforderten 40%-Mitfinanzierung des Förderrahmens durch die Gemeinde hat der Gemeinderat der Antragstellung einstimmig zugestimmt. Die Gebietskulisse für die Grobanalyse ist dem nachfolgenden Übersichtsplan zu entnehmen.

Wegen der Programmüberzeichnung ist aber durchaus mit einer Wartezeit bis zur Bewilligung beim Land zu rechnen. Über die in der Städtebauförderung insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel hat die neue Landesregierung ohnehin noch nicht entschieden.



Erst nach einer positiven Entscheidung des Landes über die Aufnahme in das LSP ist das förmliche Sanierungsverfahren weiter zu betreiben. Dann muss eine vertiefende vorbereitende Untersuchung (VU) beauftragt werden. Das Sanierungsgebiet ist grundstücksgenau festzulegen und eine Sanierungssatzung zu beschließen. Außerdem ist über die Förderrichtlinien für Privatmaßnahmen zu entscheiden.

Der Gemeinderat wird sich voraussichtlich am 04. Oktober mit dem konkreten Ergebnis der Grobanalyse und der Antragstellung nochmals befassen. Der Aufnahmeantrag muss jedenfalls bis Ende Oktober beim Land Baden-Württemberg eingereicht werden.

Jahresrechnung 2010 festgestellt Gemeindehaushalt und Eigenbetrieb Wasserversorgung

Insgesamt hat das Haushaltsjahr 2010 mit einem beachtlichen Ergebnis abgeschlossen. Die Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt musste nicht getätigt werden. Stattdessen konnte eine Zuführung von ca. 3.000 € dem Vermögenshaushalt zugeführt werden. Im Vergleich zum Planansatz bedeutet dies eine Verbesserung um 588.000 € im Verwaltungshaushalt. Aus der allgemeinen Rücklage mussten dadurch wesentlich weniger Mittel entnommen werden. Statt der geplanten 631.900 € waren für den Haushaltsausgleich nur 50.450 € notwendig.

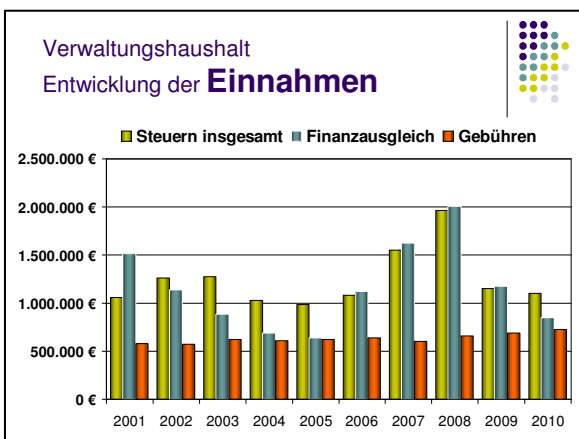
Die Sonderfinanzierung „In der Zielgass, 1. Bauabschnitt“ wurde aufgrund der schnellen Realisierung der fast kompletten Bebauung außerplanmäßig im Gemeindehaushalt buchhalterisch abgewickelt. Die Mittel flossen bereits bei Erschließung und bei den Grundstücksverkäufen. Diese Abwicklung hat wesentlich zur Erhöhung des Haushaltsvolumens beigetragen.

In der Sonderrechnung Eigenbetrieb Wasserversorgung wurde das Wirtschaftsjahr mit einem Gewinn in Höhe von 15.297 € abgeschlossen.

Eckdaten:

Abwicklung des Haushaltes 2010				
	Plan	Rechnung	Veränderung	
	€	€	€	%
Verwaltungshaushalt	8.706.000	8.795.442	89.442	1,0
Vermögenshaushalt	1.308.900	3.390.275	2.081.375	159,0
Gesamthaushalt	10.014.900	12.185.717	2.170.817	21,7
Investitionsrate	-585.000	3.078	588.078	
Netto- Investitionsrate	-628.800	-29.342	599.458	
Investitionen				
Bewegliches Vermögen	32.600	34.757	2.157	6,6
Baumaßnahmen	532.500	1.951.613	1.419.113	266,5
Grunderwerb	10.000	413.417	403.417	4.034,2
Zuschüsse	105.000	53.797	-51.203	-48,8
Tilgung	43.800	32.420	-11.380	-26,0
Kreditaufnahmen	430.000	0		
Rücklagen				
Entnahme Baugelände „In der Zielgass“ 1. BA	0	1.407.863	1.407.863	
Zuführung Baugelände „In der Zielgass“ 2. BA	0	914.972	914.972	
Entnahme allgem. Rücklage	631.900	50.450	-581.450	-92,0

- Die Einnahmen aus Gebühren und ähnlichen Entgelten beliefen sich auf 722.668 € (Vorjahr 689.880 €).
- In 2010 betrug das Aufkommen der Grundsteuer 527.035 €. Gegenüber der ursprünglichen Planung stellt dies ein Zuwachs von 14.735 € dar.
- Die Gewerbesteuereinnahmen von 546.072 € haben den schon niedrig angesetzten Haushaltsansatz (600.000 €) noch um 53.928 € (8,9 %) unterschritten (Vj. 642.541 €).
- Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer lag dank der angesprungenen Konjunktur mit 2.114.829 € (Vorjahr 2.123.654 €) um 196.829 € merklich über dem Planansatz.



- Die Gewerbesteuerumlage lag, bedingt durch die Gewerbesteuermindereinnahmen, um 10.870 € unter dem Planansatz bei insgesamt 114.430 € (Vorjahr 129.109 €).
- Die Personalkosten für die gesamte Verwaltung lagen bei 1.965.333 € und damit 6.267 € unter dem Planansatz (Vorjahr 1.957.882 €).
- Die Zinsausgaben für langfristige Kredite beliefen sich auf 75.413 € (Vorjahr 25.675 €). Dem gegenüber stehen Zinseinnahmen in Höhe von 44.226 € (Vorjahr 36.915 €). Diese Abweichungen wurden verursacht durch die außerplanmäßige Abwicklung der Sonderfinanzierung „In der Zielgass“ 1. Bauabschnitt im Gemeindehaushalt.
- Der Überschuss des Verwaltungshaushaltes (Zuführung zum Vermögenshaushalt) beträgt 3.078 € (Vorjahr 408.005 €). Dies bedeutet eine Verbesserung im Verwaltungshaushalt von 588.000 €. In der Planung wurde nämlich von einer Negativzuführung (Vermögenshaushalt an Verwaltungshaushalt) in Höhe von 585.000 € ausgegangen.
- Die Nettoinvestitionsrate betrug -29.342 € (Vorjahr 376.475 €).
- Kredite wurden mit 32.420 € getilgt. Neue Kredite wurden auf Grund der Verbesserungen im Verwaltungs- und im Vermögenshaushalt nicht benötigt. Geplant waren 430.000 €.
- Der Schuldenstand zum Jahresende lag bei 194.286 €. Dies entspricht bei einer Einwohnerzahl von 5.139 einer Pro-Kopf-Verschuldung von 38 €/EW (Vj. 44 €). Mit dem Schuldenstand von 1.207.350 € des Eigenbetriebs Wasserversorgung und 648.713 € Anteil beim Gemeindenverwaltungsverband Donauessingen für die Abwasserbeseitigung, liegt die Gesamtverschuldung bei 2.050.349 €. Zum 31.12.2010 beträgt die Gesamtverschuldung der Gemeinde damit pro Einwohner 399 € (Vj. 378 €/EW).

Schulden/Rücklagen			
je Einwohner zum 31.12.2010			
Schulden pro Einwohner		Vorjahr	Landesdurchschnitt
• Gemeinde	38 €	44 €	408 €
• Eigenbetrieb	235 €	259 €	447 €
• Anteil GVV	126 €	75 €	
• Gesamt	399 €	378 €	855 €
Rücklagen pro Einwohner			
• Gesamt	316 €	323 €	---

- Die geplante Entnahme aus der allgemeinen Rücklage in Höhe von 631.900 € konnte durch die Entwicklung im Verwaltungshaushalt deutlich reduziert werden. Die allgemeine Rücklage wurde nur mit einer Summe von 50.450 € in Anspruch genommen. Aus der Sonderfinanzierung „In der Zielgass, 2. Bauabschnitt (BA)“ wurde der Rücklage ein Betrag in Höhe von 914.972 € zur späteren Abwicklung im Gemeindehaushalt zugeführt. Dieser Betrag erhöht zwar die allgemeine Rücklage, darf aber nur für die Abwicklung der Sonderfinanzierung verwendet werden.
- Der Stand der allgemeinen Rücklage beträgt somit zum 31.12.2010 1.627.329 € (Vj. 1.677.780 €). Nicht enthalten ist hierin der Anteil aus der Sonderfinanzierung „In der Zielgass, 2. BA“. Die gesetzlich geforderte Mindestrücklage beträgt 185.630 €.
- Die Konten (Darlehenskonten und laufendes Konto) der Sonderfinanzierung „In der Zielgass – 2. BA“ weisen zum 31.12.2010 einen Saldo von -91.537 € auf.
- Der Gewinn der Wasserversorgung Brigachtal beträgt 15.297 € (Vj. 11.737 € Verlust).
- Es wurden insgesamt 238.165 cbm Wasser verkauft (Vorjahr 239.930 cbm).

Als Indikator der Ertragskraft des Verwaltungshaushaltes gilt die Nettoinvestitionsrate. Als Nettoinvestitionsrate bezeichnet man die verbleibende Differenz zwischen der Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt abzüglich den ordentlichen Tilgungs- und Kreditbeschaffungskosten; der verbleibende Betrag steht der Gemeinde für Investitionen zur Verfügung. Je ertragskräftiger der Verwaltungshaushalt ist je höher ist die Investitionsrate die dem Vermögenshaushalt zugeführt werden kann. Im Jahr 2010 ist die Nettoinvestitionsrate lediglich eine Kennzahl. Trotzdem ist daran deutlich die Verbesserung, die sich während des Jahres im Verwaltungshaushalt eingestellt hat, abzulesen. Geplant war eine Negativzuführung in Höhe von 585.000 €, d.h. vom Vermögenshaushalt sollten Deckungsmittel aufgebracht werden um den Verwaltungshaushalt auszugleichen. Das wiederum hätte bedeutet, dass Mittel aus der allgemeinen Rücklage gebraucht wurden um die laufenden Verwaltungsausgaben zu decken. Letztendlich konnte aber vom Verwaltungshaushalt an

den Vermögenshaushalt eine Summe in Höhe von 3.078 € zugeführt werden. Das bedeutet eine erhebliche Verbesserung im Verwaltungshaushalt um 588.000 €.

Eigenbetrieb Wasserversorgung

	2011	Vorjahr
Bilanzsumme	2.281.764 €	2.478.220 €
Erträge	429.568 €	417.503 €
Aufwendungen	414.271 €	429.240 €
Gewinn/Verlust	15.297 €	- 11.737 €
Geförd. Wassermenge	272.775 cbm	270.537 cbm
Verkau. Wassermenge	238.165 cbm	239.930 cbm
Rohrverluste in cbm	34.610 cbm	30.607 cbm
Rohrverluste in %	12,7 %	11.3 %

Der Jahresgewinn in Höhe von 15.297 € wird auf das Wirtschaftsjahr 2011 vorgetragen.

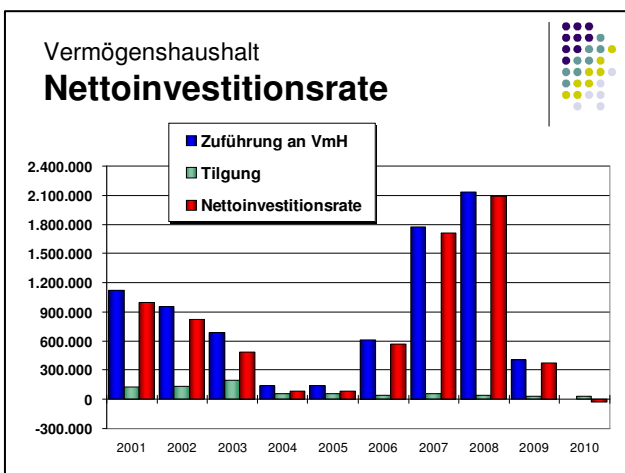
Zusammenfassung und Ausblick

Die Haushaltsplanung 2010 wurde stark durch die Finanz- und Wirtschaftskrise beeinflusst. Entsprechende Konsolidierungsmaßnahmen waren am niedrig gehaltenen Volumen des Vermögenshaushaltes abzulesen. Aufgrund der angelaufenen Konjunktur hat sich dann während des Haushaltsjahres die finanzielle Lage wesentlich gebessert. Allerdings waren die Auswirkungen nur über den kommunalen Finanzausgleich und noch nicht in der eigenen Gewerbesteuer zu spüren. Die Gewerbesteuer ist sogar deutlich unter dem Haushaltsansatz zurückgeblieben.

Die finanziellen Rahmenbedingungen, die ja ausschließlich von der allgemeinen Konjunktur und den gesamtwirtschaftlichen Verhältnissen abhängig sind, hatten sich durch die Krisen stark verändert. Dass die Talsohle relativ zügig durchschritten wird, war selbst von Fachleuten nicht voraussehbar. Die positive Entwicklung setzt sich in 2011 fort, trotzdem sollte die bisher praktizierte Haushaltspolitik, die geprägt war von Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit, nicht verändert werden.

Belastungen für die Bürger und Steuerzahler wurden möglichst gering gehalten und trotzdem war nach wie vor eine ganze Reihe von freiwilligen Leistungen möglich. Nach Meinung von Experten wird die deutsche Wirtschaft schneller als noch vor einem Jahr angenommen wieder zu einer konjunkturellen Normallage zurückgekehrt sein.

Dennoch wird es auch bei weiterhin gut laufender Konjunktur die nötige Zeit brauchen bis die Finanzen der öffentlichen Hand, und hier besonders die der Kommu-



nen, wieder auf einem ordentlichen Niveau sind. Dies ist für die Bewältigung der Aufgaben die auch künftig von der Gemeinde erfüllt werden müssen unabdingbar.

Bericht über die aktuelle Finanzlage der



Gemeinde im Haushaltsjahr 2011

Der Finanzbericht stellt gegenüber der Haushaltsplanung eine Halbzeitbilanz dar. Er bildet die Grundlage für die Prognose und Hochrechnung der weiteren Entwicklung bis zum Ende des Haushaltsjahres 2011. Der Gemeinderat wurde gleichzeitig auch im Bereich des Eigenbetriebs Wasserversorgung über den derzeitigen Stand und der voraussichtlichen Entwicklung unterrichtet. Grundlagen und Anhaltspunkt für die Prognosen des vorgelegten Finanzberichtes ist neben den Fortschreibungen und Bearbeitungen von Steueränderungsbescheiden auch die Steuerschätzung vom Mai 2011. Innerhalb des Haushaltsvollzuges für das laufende Haushaltsjahr 2011 sind bereits einige Abweichungen von den geplanten Haushaltsansätzen entstanden.

Für das laufende Haushaltsjahr 2011 sind die wesentlichen Planabweichungen auf der Ausgabenseite vom Gemeinderat in früheren Sitzungen als über- oder außerplanmäßige Ausgaben beschlossen worden. Im Moment sieht es hier so aus, dass Wenigerausgaben und Mehreinnahmen zu einem deutlich besseren Haushaltsergebnis führen werden. So werden die Bauausgaben in der Ringstraße um ca. 150.000 € unter den geplanten Ansätzen liegen. Für den Schulweg in der Fichten-/Schützenstraße, eine Schlusszahlung für Elektroarbeiten in der Schule, für eine neue Büroeinrichtung im Bürgermeister- und Trauzimmer, und für ein neues Bauhoffahrzeug werden ca. 136.000 € außerplanmäßig ausgegeben.

Aus den Steuerschätzungen vom Mai 2011 ist zu erkennen, dass bei den Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich mit höheren Einnahmen als geplant zur rechnen ist.

Sehr erfreulich ist in diesem Jahr die Gewerbesteuer. Nach dem sie noch im Jahr 2010 weit unter dem eh schon niedrigen Planansatz zurückgeblieben ist hat sie sich in der ersten Jahreshälfte kräftig erholt und liegt derzeit ca. 500.000 € über dem Planansatz (700.000 €).

Bei den Ausgaben im Verwaltungshaushalt liegt man derzeit, bis auf die Gewerbesteuerumlage, im geplanten Bereich. Die Gewerbesteuerumlage hängt mit den Gewerbesteuerereinnahmen zusammen und steigt daher natürlich auch.

Diese Veränderungen im Verwaltungshaushalt führen zu einer um ca. 518.000 € höheren Zuführung an den Vermögenshaushalt.

Das bedeutet wiederum, dass von der allgemeinen Rücklage eine wesentlich geringere Entnahme erfolgen muss als geplant. Die Entnahme wird um ca. 547.000 € geringer ausfallen. Geplant waren 1.002.600 €.

Erste Orientierungsdaten für das Haushaltsjahr 2012 vom Finanzministerium BW zeigen, dass sich die verzögerte Wechselwirkung der Berechnungssystematik des kommunalen Finanzausgleichs zu Gunsten der Gemeinde auswirken wird. Bemessungsgrundlage für die Umlagen 2012 sind die Steuereinnahmen und Zuweisungen aus dem schwachen Jahr 2010. Das wird bedeuten, dass auf der Einnahmenseite mit höheren Zuweisungen und Steueranteilen, vor allem bei den Einkommensteueranteilen, und auf der Ausgabenseite mit geringeren Umlagen zu rechnen ist. Eine unbekannte Größe stellt hier allerdings noch die Kreisumlage dar.

Durch das gute Ergebnis aus dem Haushaltsjahr 2010 und durch die verbesserte Finanzlage in 2011 wird die allgemeine Rücklage deutlich geschont. Der Stand der Rücklage zum 31.12.2010 in Höhe von 1.627.330 wird sich um die Entnahme von ca. 447.600 € zum Ende von 2011 auf ca. 1.179.730 € reduzieren.

Abstimmungsbedarf beim Flächennutzungsplanverfahren

Gemeinsamer Ausschuss der Verwaltungsgemeinschaft VS wird Ende Juli noch nicht tagen

Die im Verfahren zur Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplanes der Verwaltungsgemeinschaft Villingen-Schwenningen (FNP 2025) für Ende Juli geplante Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses wird verschoben. Zu groß ist noch der Abstimmungsbedarf der beteiligten Umlandgemeinden um Villingen-Schwenningen zum Verfahrensablauf. Bürgermeister Michael Schmitt informierte den Rat über den aktuellen Sachstand. Zwar hat die Gemeinde Brigachtal ihren Empfehlungsbeschluss zum Vorentwurf des neuen Flächennutzungsplanes bereits gefasst, dieser wird jedoch erst an die Verwaltungsgemeinschaft VS weitergeleitet, wenn Konsens mit allen Beteiligten zum weiteren Verfahren besteht. Der Gemeinderat nahm die Informationen zum weiteren Verfahren zustimmend zur Kenntnis.